

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
des Rates der Stadt Königswinter (PUA) am 12.12.2000

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus Oberpleis

Sitzungsdauer:

öffentlicher Teil von 17:03 Uhr bis 18:52 Uhr

An der Sitzung nehmen teil:

die Ausschußmitglieder

1. Griese Dr., Josef (Vorsitzender)
2. Fuchs, Peter
3. Gasper, Franz
4. skB Wüerst, Roland (i.V.f. Prof. Gola, Peter)
5. skB Goethe, Theodor
6. Grupp, Iris
7. Herr, Günther (ab 17:09 Uhr, während TOP 1.9.1)
8. skB Hirzel, Joachim
9. Wicharz, Wolfgang (ab 18:02 Uhr, während TOP 1.9.1, i.V.f. Kröger, Jochen)
10. Kusserow, Jürgen
11. Kohlhausen, Rolf (i.V.f. skB Lawin, Jörg)
12. Limbach, Roman
13. Busch, Lieselotte (i.V.f. Lindemann, Dirk)
14. Lehn, Manfred (i.V.f. Meurer, Karl Reiner)
15. Milz, Andrea (ab 17:11 Uhr, während TOP 1.9.1)
16. Schnorrenberg, Friedrich
17. Weck, Karl Willi (i.V.f. Theodoridis, Sokrates)
18. Wagner, Lutz (ab 17:05 Uhr, TOP 1.9.1)

von der Verwaltung:

Technischer Beigeordneter Kofferath

StBauR'in z.A. Gamm

Technische Angestellte Soeding

Technischer Angestellter Otto

StA Pflaumann

(Schriftführer)

1. **Öffentlicher Teil**

1.1 **Sitzungseinleitung**

1.1.0 Einführung und Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers

Der Vorsitzende führt den sachkundigen Bürger Roland Wüerst ein und verpflichtet ihn. Herr Wüerst spricht die vom Vorsitzenden verlesene Verpflichtungsformel nach; die Verpflichtung wird vom Vorsitzenden anschließend per Handschlag bekräftigt.

1.1.1 Feststellung der Beschlußfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, daß der Ausschuß beschlußfähig ist.

1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung

Der PUA nimmt die Tagesordnung zustimmend zur Kenntnis.

1.9 **Sonstige Beratungspunkte**

1.9.1 Umweltverträglichkeitsstudie zur B 56n (Entlastungsstraße Siebengebirge) hier: Sitzungsvorlage Nr. 306/00

Der Ausschußvorsitzende liest die Resolution des Haupt- und Personalausschusses des Rates der Stadt Königswinter vom 03.02.1997 vor, die den Ausschußmitgliedern als Tischvorlage zugegangen ist. Er begrüßt, daß die Planungen für eine Siebengebirgsentlastungsstraße nunmehr weiterverfolgt werden.

Anschließend schildert Technische Angestellte Soeding die Vorgeschichte der geplanten Siebengebirgsentlastung. Bereits im Jahr 1992 sei ein Entwurf für eine Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) zu damals 5 Alternativtrassen durch das Rheinische Straßenbauamt (RSBA) erstellt worden. Nunmehr liege eine neue UVS vor, die nur noch zwei Varianten beinhalte. Am 14.12.00 solle die Behördenanhörung stattfinden. Bis zum 01.03.2001 müßten die betroffenen Träger öffentlicher Belange ihre Stellungnahmen abgegeben haben. Daraus werde das RSBA die Unterlagen für das Linienbestimmungsverfahren erarbeiten. Anschließend folge das Planfeststellungsverfahren.

Desweiteren beschreibt sie ausführlich die beiden Alternativtrassen. Wesentlicher Unterschied der beiden Trassen sei, daß

- Variante 2.1 im Bonner Stadtgebiet zwischen den beiden Ortslagen Oberholtorf und Ungarten hindurchgeführt werde; demgegenüber verlaufe Variante 2.1+ südwestlich von Oberholtorf.
- Variante 2.1 auf Königswinterer Stadtgebiet zwischen L 490 und BAB A 3 in tieferer Einschnittlage als Variante 2.1+ verlaufe und daher die ICE-Trasse und die BAB A 3 unterquere.

In der Aussprache sind sich alle Fraktionen einig, daß den durch den Durchfahrtverkehr belasteten Ortsteilen Oberdollendorf, Heisterbacherott, Thomasberg und Ittenbach geholfen werden muß.

Die Ausschußmitglieder Wagner und Kohlhausen erläutern, daß die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bau einer Entlastungsstraße für den falschen Weg halte, da die Problematik hierdurch nur von den bislang belasteten Ortslagen in das nördliche Stadtgebiet verlagert werde, wo im Bereich Rauschendorf ohnehin schon eine unbefriedigende Situation durch Autobahn, Fluglärm und die geplante ICE-Strecke bestände. Wirkliche Abhilfe könne nur durch eine Verkehrsreduzierung erreicht werden, was auch durch die UVS bestätigt werde. Eine Zustimmung zur geplanten B 56 n sei daher nicht möglich.

Die Vertreter der CDU-, SPD- und der F.D.P.-Fraktion begrüßen demgegenüber den Bau der Entlastungsstraße einhellig.

AM Limbach fordert für die CDU-Fraktion den unverzüglichen Fortgang der Planungen für eine einspurige Verbindung zwischen B 42 n und A 3, um die bislang durch Durchfahrtverkehr betroffenen Ortschaften zu entlasten. Voraussetzung hierfür seien umfangreiche Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der geplanten Trasse sowie nachgeordnete verkehrslenkende Maßnahmen der Stadt Königswinter, um ein möglichst gleichmäßiges Verkehrsaufkommen in den einzelnen Stadtteilen zu erreichen. Seine Fraktion habe daher Ergänzungsvorschläge zur Beschlussvorlage erarbeitet, die im weiteren Verlauf der Diskussion vorgetragen würden. Er halte die Verkehrsuntersuchung insoweit für unglücklich, als die zu erwartende Entlastung der Ortsteile nur unzureichend herausgearbeitet und mißverständlich dargestellt sei. Er bittet die Verwaltung, dieses bei der Behördenanhörung darzustellen.

Die Ausschußmitglieder Grupp und Kusserow stimmen dem für die SPD-Fraktion zu. AM Kusserow fordert, die Belastungen für das nördliche Stadtgebiet durch intensive Lärmschutzmaßnahmen zu reduzieren. Notwendig sei eine Trassenführung in Troglage sowie deren Abdeckung. Auch müsse geprüft werden, ob der Verkehrsfluß durch Kreisverkehre

erhöht werden könne.

AM Herr weist darauf hin, daß durch den Bau der B 56 n für die L 143 der höchste Verkehrszuwachs zu erwarten sei. Er mahnt, den Pleistalbereich bei nachgeordneten Maßnahmen unbedingt zu berücksichtigen.

AM Goethe fordert die Erhaltung des vorhandenen Fahrrad- und Wanderwegenetzes.

AM Würst beantragt im Namen der F.D.P.-Fraktion, den Beschlußvorschlag in der Sitzungsvorlage um folgende Punkte zu erweitern

- Als Ausgleich für den geforderten Anschluß der L 83 soll auf den Anschluß der L 490 verzichtet werden.
- Die Trasse soll von der Lauterbachbrücke bis zur A 3 in Troglage verlaufen.
- Zur Verbesserung des Lärmschutzes soll der Trog abgedeckt werden.
- Im Bereich zwischen L 83 und L 490 sowie zwischen Otenbergweg und A 3 sollen entlang der Trasse Gehölzstrukturen angelegt werden.

AM Limbach hält demgegenüber einen Anschluß der L 490 für unbedingt erforderlich, da ansonsten Verkehr aus Nachbargemeinden ins Stadtgebiet geleitet würde. Der Vorsitzende läßt nach kurzer Diskussion über den Antrag des Ausschußmitgliedes Würst abstimmen, auf den Anschluß der L 490 an die B 56 n zu verzichten. Der Antrag wird bei 2 Fürstimmen der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Der Ausschußvorsitzende erklärt daraufhin, daß er auf der Grundlage der Sitzungsvorlage und den Beratungen der CDU-Fraktion einen erweiterten Beschlußvorschlag vorbereitet habe, der die übrigen Anträge des Ausschußmitgliedes Würst und die Vorstellungen der SPD-Fraktion enthalte. Auf seinen Vorschlag stimmt der PUA daraufhin über die jeweiligen Punkte einzeln ab.

195/00

Beschluß: (bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Der PUA bekräftigt die Resolution des Haupt- und Personalausschusses des Rates der Stadt Königswinter vom 03.02.1997, wonach zur Entlastung der hoffnungslos überlasteten Stadtteile Oberdollendorf, Heisterbacherrott, Thomasberg und Ittenbach eine ökologisch verträgliche und allen Bürgern der gesamten Stadt Königswinter zumutbare Straßenverbindung zwischen Konrad-Adenauer-Brücke (A 562) und der BAB 3 gebaut werden muß, ohne zusätzliche Belastung der Bürger im Stieldorfer Raum (z.B. durch Tunnellösung). Auf dieser Grundlage ergehen die folgenden Beschlüsse:

196/00

Beschluß: (bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

1. Die Fortführung der Arbeiten für die Planung der B 56 n wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

197/00

Beschluß: (bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

2. Die Stadt Königswinter schließt sich der Empfehlung des Gutachters der Umweltverträglichkeitsstudie zur Führung der B 56 n in der Weise an, dass ab Höhe Heiderhof /Ungarten die Variante 2.1 mit der tieferen Einschnittlage zwischen Birlinghoven und Rauschendorf die Grundlage für weitere Planüberlegungen darstellt.

198/00

Beschluß: (bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

3. Für den gesamten Trassenverlauf wird ein maximaler Lärmschutz gefordert, der durch eine weitestgehende Tunnellösung sowie durch entsprechende Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Brückenbauwerkes über das Lauterbachtal zu gewährleisten ist.

AM Fuchs spricht sich gegen einen Anschluß der L 83 an die Entlastungsstraße aus, da hierdurch zusätzlicher Verkehr durch den Ortsteil Stieldorf geleitet würde. Der Technische Beigeordnete und AM Limbach halten diese Anbindung für notwendig, da der Verkehr andernfalls an der Ampel in Stieldorf abbiegen müßte und über Vinxel geleitet würde, was im Ampelbereich zu Staus und in Vinxel zu einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen führen würde.

199/00

Beschluß: (bei 3 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Ausschußmitgliedes Fuchs)

4. Die Stadt Königswinter fordert den Anschluss der Landesstraße 83 (L 83 - Dissenbachtalstraße) zwischen Roleber und Stieldorf an die B 56 n. Nur durch diesen Anschluss kann die Entlastung der Königswinterer Ortsteile Stieldorf und Vinxel sowie der Bonner Ortsteile Roleber, Holzlar und Niederholdorf erzielt werden.

AM Limbach beantragt, den Bereich Thomasberg/Heisterbacherrott über die K 25/L 490 an die geplante Entlastungsstraße anzubinden. Voraussetzung hierfür sei jedoch eine Umgehung der Ortslage Vinxel.

200/00

Beschluß: (bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

5. Zur nachhaltigen Entlastung der Ortsdurchfahrten Oberdollendorf und Vinxel fordert die Stadt Königswinter eine Verlegung der K 25 als Ortsumgehung für Vinxel mit Netzschluss zwischen dem Kreuzungspunkt K 25/L 490 westlich von Vinxel mit der B 56 n bei Oberholtorf.

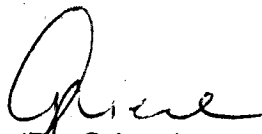
AM Schnorrenberg hält es bezüglich Beschlußvorschlag Nr. 4 der Sitzungsvorlage für bedenklich, Maßnahmen auf Bonner Stadtgebiet zu fordern.

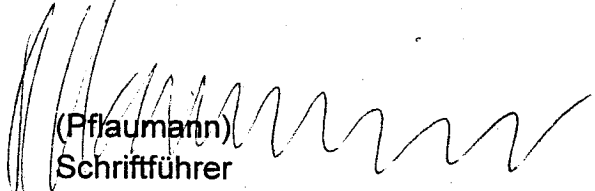
201/00 Auf Vorschlag des Ausschußvorsitzenden faßt der PUA folgenden
Beschluß: (bei 2 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und einer Enthaltung des Ausschußmitgliedes Schnorrenberg)

6. Weitere Vermeidungs- bzw. Minderungsmaßnahmen könnten darin bestehen, dass die Kreisstraße 8 (K 8) zwischen der Anschlussstelle der B 56 n und den Kreisstraßen 8 bzw. 25 (aus Vinxel) und der Kreuzung mit der L 83 entsiegelt und rekultiviert wird. Außerdem wäre eine Entsiegelung der Oberkasseler Straße zwischen der Abfahrt aus dem Ramersdorfer Knoten und Pützchens Chaussee (K 8) denkbar.

202/00 Auf Antrag des Ausschußmitgliedes Wüerst faßt der PUA außerdem folgenden
Beschluß: (einstimmig)

7. Die Stadt Königswinter fordert die Erhaltung der Verbindung zwischen der Straße „Am Tor“ in Königswinter-Rauschendorf und der Straße „In der Holle“ in St. Augustin-Birlinghoven.


(Dr. Griese)
Ausschußvorsitzender


(Pflaumann)
Schriftführer